

Medienmitteilung KöV vom 07. Juli 2020

Für eine ausgewogene Verteilung der Verluste im Ortsverkehr zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden

Der Bundesrat hat am 01. Juli 2020 die Vernehmlassung zur Botschaft zum dringlichen Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise eröffnet. Die Konferenz der kantonalen Direktorinnen und Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV) fordert vom Bund finanzielle Unterstützung für den Ortsverkehr. Damit können die Kantone in Bezug auf die Ertragsausfälle finanziell entlastet werden. Zudem erwartet die KöV, dass der Bundesrat für eine schweizweit einheitliche Handhabung bei der Kurzarbeitsentschädigung im öffentlichen Verkehr sorgt.

Der KöV-Vorstand teilt die Überzeugung des Bundesrates, dass der öffentliche Verkehr (öV) auf die Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen ist, um die finanziellen Folgen der Covid-19-Pandemie bewältigen zu können. Der nun vorliegende Finanzierungsvorschlag basiert auf einem pragmatischen Lösungsansatz und verfolgt das Ziel, die Finanzierungslast auf die drei Staatsebenen und die Transportunternehmen zu verteilen.

Allerdings fordert der KöV-Vorstand vom Bund ein massgebliches Engagement für den Ortsverkehr. Die Corona-Pandemie hat den öffentlichen Verkehr stark getroffen, die Ertragsausfälle sind hoch, aber en détail noch nicht genau abschätzbar. "Wir fordern vom Bundesrat, dass er sich zu einem Drittel an den Ertragsausfällen des Ortsverkehrs beteiligt, unabhängig von der Höhe der Summe.", sagt KöV-Präsident, Hans-Peter Wessels, Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt. "Nur so kann die Finanzierungslast gerecht auf alle drei Staatsebenen verteilt werden."

Einheitliche Handhabung der Kurzarbeit im öffentlichen Verkehr

Der Vorstand der KöV ist zudem der Auffassung, dass die Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs grundsätzlich Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung haben. Schweizweit muss aber zumindest eine einheitliche Praxis gewährleistet sein. Deshalb erwartet die KöV vom Bundesrat eine Klärung betreffend Kurzarbeit im öffentlichen Verkehr.

Auskünfte:

Regierungsrat Hans-Peter Wessels, Präsident KöV, Regierungsrat Kanton Basel-Stadt: 061 267 91 80

Regierungsrat Laurent Favre, Vizepräsident KöV, Regierungsrat Kanton Neuenburg: 032 889 47 05

Mirjam Bütler, Generalsekretärin KöV: 031 320 16 91